

GASTBEITRAG

Rassismus-Studien schüren selbst Vorurteile

Seit Monaten wird darüber diskutiert, ob es eine wissenschaftliche Studie zum Thema „Rassismus in der Polizei“ geben sollte. Kann man überhaupt gegen eine wissenschaftliche Studie sein? Vor einigen Tagen wurde eine Befragung veröffentlicht, wonach die Mehrheit der Deutschen eine Studie über Rassismus in der Polizei befürwortet. Wer sich in der Debatte gegen eine solche Studie aussprach, setzte sich leicht dem Verdacht aus, er sei wissenschaftsfeindlich oder wolle gar nicht so genau wissen, wie verbreitet Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei seien. Angesichts der Berichte über Vorfälle in der Polizei schien eine solche Haltung unverständlich. Nachdem sich Bundesinnenminister Horst Seehofer zunächst gegen eine solche Studie gewehrt hatte, kündigte er unter dem Druck der öffentlichen Diskussion eine Untersuchung an, die sich generell mit dem Thema Rassismus in der Gesellschaft befassen soll.

Doch die Vorbehalte gegenüber solchen Studien – gleichgültig, ob sie sich nur auf die Polizei oder auf die gesamte Gesellschaft beziehen – sind berechtigt. Nur wurden die Gründe für die Skepsis leider selten ausgesprochen. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, brachte es auf den Punkt, als er die Befürchtung aussprach, dass diejenigen, die eine solche Studie durchführten, schon vorher wüssten, was herauskommen sollte.

Bisherige Erfahrungen mit Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus zeigen, dass Zweifel an der Wissenschaftlichkeit der Methoden keineswegs unbegründet sind. Die bekannteste Studie ist die sogenannte Mitte-Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit 2006 regelmäßig erhoben wird. Sie wird bis heute häufig als Beleg dafür angeführt, dass die Mehrheit der Deutschen Vorurteile über Asylbewerber habe und „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ weit verbreitet sei.

Wer anders denkt,
ist ein Menschenfeind:
Viele Untersuchungen
suggerieren schon im
Fragenkatalog das
erwünschte Ergebnis.

Das ist gefährlich,
schreibt
Rainer Zitelmann

Laut der Mitte-Studie aus dem vergangenen Jahr werteten in der Tat 54 Prozent der Deutschen Asylsuchende ab. Doch wie kam dieses Ergebnis zustande? Man musste nur eine Aussage in der Befragung ablehnen und einer zustimmen, um sich den Vorwurf gefallen zu lassen, Asylsuchende „abzuwerten“ und damit „mensenfeindlich“ zu sein. „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein“ – wer diese Aussage ablehnte, hatte bereits einen negativen Punkt gesammelt. Und wer zusätzlich auch noch der Aussage „Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt“ zustimmte, der wurde zwar noch nicht generell als Rechtsextremist eingestuft, aber ihm wurde bereits eine „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ mit Blick auf Asylsuchende unterstellt.

Neben vielen Berichten, die die Ergebnisse der Studie unkritisch wiedergaben, gab es jedoch durchaus auch Kritik. So wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass man keineswegs fremdenfeindlich sein muss, um zu fordern, dass Asylanträge nicht mit besonderem Wohlwollen bearbeitet werden sollen, sondern nach geltendem Recht. Und da in der Tat die meisten Asylanträge abgelehnt werden, ist auch die Zustimmung zu der Aussage, die meisten Asyl-

bewerber würden in ihrem Heimatland nicht verfolgt, eher eine statistische Feststellung als Indiz für Fremdenfeindlichkeit.

Die Ersteller solcher Studien müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, durch die weite Ausdehnung von Begriffen wie „Menschenfeindlichkeit“ tatsächlichen Rassismus und Rechtsextremismus zu verharmlosen. Die Inflationierung des Begriffes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zeigte sich auch bei anderen Fragestellungen der genannten Untersuchung. Wer beispielsweise die Meinung vertritt, Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen und eher ihrem Mann bei der Karriere helfen, als selbst Karriere zu machen, der gilt laut der Studie schon als „Sexist“ – ein weiteres Merkmal „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Man kann solche Meinungen über Frauen mit gutem Grund ablehnen. Aber jemanden nur deshalb als „Menschenfeind“ zu bezeichnen, weil er oder sie sich dafür ausspricht, es solle einer Frau wichtiger sein, ihrem Mann bei der Karriere zu helfen als selbst Karriere zu machen – das ist starker Tobak.

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist nur ein Beispiel. Vielfach sind Untersuchungen zu Vorurteilen so angelegt, dass die Absicht klar ist, möglichst vielen Befragten Vorurteile zu unterstellen. Die Studien dienen damit eher der Bestätigung der Vorurteile jener, die sie erstellen. Dies ist nicht nur in deutschen, sondern auch in vielen amerikanischen Studien der Fall.

Beliebt sind in solchen Studien Begriffe wie etwa „subtile Vorurteile“, mit denen eine Inflationierung des Begriffes einhergeht. Wer in einer Befragung Zustimmung für die Forderung signalisiert, „Ausländer abzuschieben, wenn sie schwere Verbrechen begangen oder keinen gültigen Aufenthaltsstatus haben“, wird von diesen Vorurteilsforschern als Träger subtiler Vorurteile betrachtet. Als „symbolischer Rassismus“ (dieser Begriff ist ähnlich dem des „subtilen Vorurteils“) wird beispielsweise folgende Einstellung be-

wertet: „eine Zurückhaltung gegenüber der besonderen Förderung von Schwarzen in Beruf, Bildung, Wohlfahrt etc.“ Damit wird jeder, der gegen eine „positive Diskriminierung“ („affirmative action“) ist, als Träger von Vorurteilen gegen Schwarze bezeichnet. Man kann zwar davon ausgehen, dass jeder, der Vorurteile gegen Schwarze hat, auch gegen „positive Diskriminierung“ ist. Aber keineswegs erscheint es gerechtfertigt, jeden, der gegen „positive Diskriminierung“ ist, als Person einzuordnen, die Vorurteile gegen Schwarze hegt.

In einer Forschungsarbeit über islamfeindliche Stereotype werden auf einer Stufe offenkundige Ressentiments wie „Muslime sind Lügner und Heuchler“ oder „Der Islam ist kulturlos sowie dem Westen unterlegen“ mit Meinungen aufgeführt, die sicherlich nicht nur Islamfeinde teilen, zum Beispiel „Der Islam ist homosexuellenfeindlich“ oder „Der Islam stellt einen Antipoden der Moderne dar.“

Letztlich gelten aus Sicht vieler Vorurteilsforscher nur Personen als nicht vorurteilsbehaftet, die einer extrem egalitären Weltanschauung anhängen und die für eine bestimmte Art der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, wie sie etwa in Deutschland von den Grünen gefordert wird, eintreten. Damit wird der Begriff Vorurteil zu einem Kampfbegriff gegen politisch Andersdenkende.

Die Befürchtung, dass „Rassismus“- und „Rechtsextremismus“-Studien nur die Vorurteile von linken Forschern belegen sollen, ist begründet, zumal die meisten Sozialwissenschaftler, die sich mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen, politisch dezidiert links stehen. Wer den Begriff des Rassismus inflationär ausweitet und tendenziell jeden, der nicht „Antirassist“ ist, zum Rassisten macht, wird mit Sicherheit die eigenen Vorurteile durch eine entsprechende Studie belegt finden.

■ Der Autor ist Historiker und Soziologe und Autor zahlreicher Bücher, unter anderem zur Zeit des Nationalsozialismus und zur Vorurteilsforschung.